



Innenausschuss

99. Sitzung (öffentlich)

24. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetzentwurf 2017 (Drucksache 16/12500) und zum GFG 2017 (Drucksache 16/12502)	8
Ergänzung der Landesregierung Drucksache 16/13400	
<u>In Verbindung mit:</u>	
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12500 und Drucksache 16/13400	

– Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zur Ergänzungsvorlage

– Diskussion

2 Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12781
Stellungnahme 16/4209
Stellungnahme 16/4281
Stellungnahme 16/4306

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12781 in der geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und Piraten an.

3 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden 21

Vorlage 16/4188

– Anhörung des Ausschusses

4 Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13260

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

Und:

Erfahrungen der Landesregierung mit dem Landesdatenschutzgesetz

Vorlage 16/4503

Vorlage 16/4509

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/13260 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen von FDP und Piraten an.

5 Lobbyismus transparent machen – Einführung eines Lobbyregisters in NRW 24

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/11414

Ausschussprotokoll 16/1416

– abschließende Beratung

6 Rechtliche Hürden für polizeiliche Videobeobachtung senken – mehr Sicherheit ermöglichen! 25

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/12121

Und:**Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/12361

Ausschussprotokoll 16/1440

– Aussprache zur öffentlichen Anhörung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU Drucksache 16/12121 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten gegen die Stimmen der CDU ab.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/12361 in der geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Piraten an.

7 Für eine Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten (Taser) bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen 39

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13309

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Thema durchzuführen.

8 Übergriffe auf Polizeivollzugsbeamte am 12. November 2016 in Düren 40

Und:

Zehn verletzte Polizisten nach Streit um ein falsch geparktes Auto in Düren – Welche konkreten Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die Hintergründe der Vorfälle?

Vorlage 16/4494

In Verbindung mit:

Bezirksliga-Fußballspiel in Jülich wegen Clan-Fehde gestürmt?

Vorlage 16/4517

– Berichte der Landesregierung

– Diskussion

9 Mehrfach vorbestrafter Sexualtäter mit Leitung einer Flüchtlingsunterkunft beauftragt – Syrerin mindestens viermal vergewaltigt? 64

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion

- 10 Hat die Polizei einem 15-jährigen Mädchen nach mutmaßlicher Belästigung durch einen Asylbewerber von der Erstattung einer Strafanzeige abgeraten?** 75
- Vorlage 16/4491
– Bericht der Landesregierung
- 11 Zwei weitere Verdachtsfälle von „Reichsbürgern“ in Reihen der nordrhein-westfälischen Polizei?** 76
- Vorlage 16/4492
– Bericht der Landesregierung
- 12 Demnächst Kuschelkurse für Polizeihunde in Nordrhein-Westfalen?** 77
- Vorlage 16/4493
– Bericht der Landesregierung
- 13 „Brandbrief“ der GdP an Innenminister Jäger?** 78
- Vorlage 16/4504
– Bericht der Landesregierung
- 14 „Cybercrime“-Konzept des Landes** 79
- Vorlage 16/4496
– Bericht der Landesregierung
- 15 Kriminelle libanesische Großfamilie und Roma-Clan sollen Allianz in Duisburg-Marxloh geschmiedet haben** 80
- Vorlage 16/4495
– Bericht der Landesregierung

2 Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12781
Stellungnahme 16/4209
Stellungnahme 16/4281
Stellungnahme 16/4306

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wir haben uns im Oktober darauf verständigt, wegen noch bestehenden fraktionsinternen Beratungsbedarfs unsere abschließende Beratung im November durchzuführen. Einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen haben Sie als Tischvorlage erhalten.

Christian Dahm (SPD): Wir haben das Thema ja schon einmal inhaltlich beraten. Wir nehmen jetzt die Anregung insbesondere des Landkreistages auf und präzisieren das Ganze noch einmal. Der Landkreistag hatte befürchtet, dass es möglicherweise zu Zuständigkeitsproblemen kommen könnte; ich sage das ganz vorsichtig.

Wir haben noch einmal mit allen Spitzenverbänden gesprochen. Gemeinsam mit dem Verkehrsministerium wurde vereinbart, Gewichtskontrollen auf Autobahnen oder autobahnähnlichen Straßen ausschließlich mit stationärem technischem Gerät vorzunehmen. Das halte ich auch in Anbetracht der Sicherheit der Beschäftigten, die die Kontrollen durchführen müssen, für angezeigt. Vor diesem Hintergrund haben wir, abgestimmt mit allen Spitzenverbänden, unseren Änderungsantrag eingebracht.

Verena Schäffer (GRÜNE): Im Prinzip ist schon alles gesagt worden. Die Zuständigkeit werden wir klären, und es sollen nur noch fest installierte Anlagen auf Autobahnen eingesetzt werden, keine mobilen mehr.

Ich hoffe, dass sich die anderen Fraktionen dem anschließen können. Wenn nicht, bin ich sehr gespannt auf die Begründung der Ablehnung.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer dem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte dagegenstimmen? – Wer möchte sich enthalten? – Enthaltung von FDP, CDU und Piratenfraktion.

Dann stimmen wir über den Gesetzentwurf Drucksache 16/12781 in der soeben vom Ausschuss geänderten Fassung ab. Wer dem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte dagegenstimmen? – Bei Enthaltung der übrigen Fraktionen ist dem Gesetz somit zugestimmt worden.

Der Ausschuss nimmt den als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12781 in der geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU, FDP und Piraten an.